

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3267

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3267



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Medienmitteilung

Bern, 12. April 2021

CO₂-Gesetz: Mehr Klimaschutz heisst mehr Innovation und Arbeitsplätze in der Schweiz

Eine breite Allianz der Schweizer Wirtschaft sagt JA zum revidierten CO₂-Gesetz und startet in Bern ihre Abstimmungskampagne. Mehr als 200 Verbände und Unternehmen stehen gemeinsam ein für einen wirksamen Klimaschutz. Das revidierte CO₂-Gesetz setzt dafür den richtigen Rahmen und bietet grosse Chancen. Es garantiert Wohlstand und fördert Innovationen, es sorgt für Investitionen und sichert Arbeit in der Schweiz.

Die Klimakrise ist für die Schweiz eine grosse Herausforderung. Die Erwärmung ist spürbar und sichtbar, unsere Gletscher schmelzen rasant, Hitze und Trockenheit, Überschwemmungen und Erdbeben machen uns zu schaffen. Die Risiken nehmen zu, die Kosten für Klimaschäden wachsen – es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Schweizer Wirtschaft ist sich dieser Herausforderung bewusst, übernimmt Verantwortung und handelt. An einer gemeinsamen Medienkonferenz in Bern präsentiert sich ein breites Wirtschaftskomitee für das CO₂-Gesetz, vertreten durch Jörg Gasser (CEO Schweizerische Bankiervereinigung), Guido Fürer (Country President Switzerland Swiss Re), Jacqueline de Quattro (Vorstandsmitglied AEE SUISSE und Nationalrätin FDP), Matthias Halusa (CEO BASF Schweiz AG), Christoph Schaar (Direktor suissetec/Mitglied Bauenschweiz) zusammen mit economiesuisse (Direktorin Monika Rühl) als Teil der Lösung. Dazu Monika Rühl: «Die Schweizer Wirtschaft kann mit Innovationen und effizienten Technologien massgeblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zur Lösung des Klimaproblems beitragen.» Das CO₂-Gesetz schafft verlässliche, liberale Rahmenbedingungen. «Eine langfristige und technologieoffene Klima- und Energiepolitik muss Planungs- und Investitionssicherheit garantieren und so die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Wirtschaftsstandorts bewahren, um auch die industrielle Produktion in der Schweiz zu halten.», so Matthias Halusa.

Das revidierte CO₂-Gesetz ist pragmatisch und zielführend

Das revidierte CO₂-Gesetz ist ein gut schweizerischer Kompromiss, der die bewährten Instrumente wie finanzielle Anreize, Investitionen, Innovationen und neuen Technologien klug kombiniert. Die Wirtschaftsvertreter begrüssen den Lenkungsmechanismus, dessen Einnahmen mehrheitlich an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Der Klimafonds fasst die restlichen Finanzierungsmittel zielführend für Investitionen in den Klimaschutz zusammen, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder den Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Christoph Schaar: «Auch wird der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen finanziell unterstützen, was angesichts der tiefen Sanierungsquote dringend angesagt ist.» Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds

Schweizer Wirtschaft für das CO₂ Gesetz



Sicherheiten, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Damit kann der Werk- und Forschungsplatz Schweiz seine Innovationskraft steigern und sich so gleichzeitig wichtige Zukunftsmärkte sichern.

Dass erneuerbare Energien beim Ausbau des Klimaschutzes von zentraler Bedeutung sein werden, betont Jacqueline de Quattro: «Erneuerbare Energien liefern den Schlüssel zur Dekarbonisierung. In den Sektoren Verkehr und Gebäude werden wir über die nächsten Jahre und Jahrzehnte viel fossile Energie ersetzen müssen. Eine grosse Herausforderung, die sich nur mit einem zügigen Ausbau und der Nutzung aller einheimischen erneuerbaren Energien bewältigen lässt.»

Das revidierte CO₂-Gesetz bringt die Schweiz auf Klimakurs

Die technologische Offenheit, die das CO₂-Gesetz auszeichnet, ist zu begrüßen. Das Steuern über Ziele und die damit verbundene Flexibilität bei den Lösungen belebt den Wettbewerb und fördert die Innovation. Das zeigt sich auch bei den Investoren. Immer mehr Finanzdienstleister bieten nachhaltige Finanzprodukte an. Ende 2019 hat sich das Volumen gegenüber dem Vorjahr um 62% erhöht. Damit wurden 1.163 Mrd. Franken in nachhaltige Finanzprodukte investiert – Tendenz steigend. Jörg Gasser betont: «Rahmenbedingungen, wie sie das CO₂-Gesetz vorsieht, helfen Finanzdienstleistungen auf klimaverträgliche Aktivitäten auszurichten. Damit leisten Banken einen Beitrag zum Klimaschutz.» Mit der CO₂-Abgabe kommt ein bewährtes Instrument zum Einsatz, das die Rahmenbedingungen massgeblich gestaltet. Mit ihr werden griffige Anreize und die richtigen Preissignale gesetzt. Wer wenig CO₂ produziert, wird belohnt. Dass dieser Ansatz funktioniert, zeigt auch das Versicherungsgeschäft. Dazu Guido Fürer, Swiss Re: «Als Versicherer geben wir dem Risiko einen Preis. Er heisst Prämie und ist das zentrale Steuerungssignal im Versicherungsmarkt. Wo das Risiko einen Marktpreis hat, sehen wir risikoadäquates Verhalten. Genauso sollte es auch bei der Emission von Treibhausgasen laufen.»

Gemeinsamer Appell für ein JA zum CO₂-Gesetz

Im November findet in Glasgow die nächste globale Klimakonferenz statt. Sie soll die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel weiter stärken. Ein klares JA zum revidierten CO₂-Gesetz wäre ein starkes Zeichen aus der Schweiz an die internationale Gemeinschaft. Die Schweizer Wirtschaft will sich dafür engagieren, dass diese gute CO₂-Vorlage am 13. Juni eine Mehrheit findet. Ein Nein ist keine Option, bedeutet Stillstand und würde die Schweiz beim Klimaschutz weit zurückwerfen.

Weitere Informationen

Stefan Batzli, Sprecher des Komitees: 079 420 46 66

Sperrfrist bis 10.30 Uhr



MK Schweizer Wirtschaft für das CO₂-Gesetz

Montag, 12. April 2021

Es gilt das gesprochene Wort

Die Wirtschaft als Teil der Lösung in der Klimapolitik – economie suisse sagt JA zum neuen CO₂-Gesetz

Referat Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung economie suisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Wirtschaft versteht sich als Teil der Lösung beim Klimaschutz. Mit Innovationen und effizienten Technologien trägt sie bereits heute massgeblich zur Reduktion von Treibhausgasen bei und will ihren Beitrag in Zukunft noch intensivieren. economie suisse hat dazu Ende letzten Jahres ein klares Bekenntnis verabschiedet: *Die Wirtschaft senkt ihre CO₂-Emissionen bis 2050 auf Netto-Null*. Diese Zielsetzung deckt sich mit den Plänen des Bundesrats – und dabei ist das CO₂-Gesetz ein zentrales Element.

Um dieses ambitionierte Netto-Null-Ziel in absehbarer Zeit und nachhaltig erreichen zu können, sind einerseits Anstrengungen aller Akteure notwendig – inklusive der Wirtschaft. Andererseits sind wirtschaftsverträgliche Rahmenbedingungen entscheidend: In diesem Sinn haben economie suisse und die angeschlossenen Branchenverbände im Februar ihr Versprechen in einem «Klimaprogramm» konkretisiert. Dieses umfasst Aktionsfelder, welche als Handlungsanweisungen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels definiert wurden. Darin geht es beispielsweise darum, dass Unternehmen ihre Prozesse weiter optimieren und die eigene Effizienz steigern. Weiter soll eine Lenkungsabgabe externe Klimakosten des motorisierten Verkehrs internalisieren und damit die Kostenwahrheit erhöhen. economie suisse fordert deshalb eine Gleichbehandlung von Brenn- und Treibstoffen. Zudem führt die Digitalisierung zu Effizienzsteigerungen und neuen Geschäftsmodellen. Daher sollen digitale Lösungen stärker als Treiber genutzt werden.

Meine Damen und Herren: Sie sehen, der Wirtschaft ist es ernst, in der Klimapolitik vorwärtszukommen. Basierend auf der strategischen Ausrichtung unseres Klimaprogramms hat economie suisse die Ja-Parole zum CO₂-Gesetz beschlossen. economie suisse trägt diesen politischen Kompromiss als Schritt in Richtung Netto-Null mit, obwohl die Ausgestaltung des Gesetzes nicht vollumfänglich den Wunschvorstellungen entspricht. Positiv hervorzuheben ist aus Sicht der Wirtschaft der uneingeschränkte Zugang für Unternehmen zum System der Zielvereinbarungen. Damit steht es allen Unternehmen frei, die CO₂-Abgabe mittels Massnahmen zur Emissionsreduktion zurückerstattet zu erhalten. Wichtig für die grösseren Emittenten ist der Zusammenschluss mit dem EU-Emissionshandelssystem,

denn ohne diesen Zusammenschluss wäre das rein schweizerische Emissionshandelssystem wohl beendet worden.

Ein Nein zum CO₂-Gesetz würde uns dagegen Jahre zurückwerfen: Das bestehende Gesetz bliebe zwar in Kraft, hingegen würden befristete Elemente wie die Zielvereinbarungen mit Rückerstattung der CO₂-Abgabe auslaufen. Die Verwaltung müsste ein neues Gesetz ausarbeiten, womit wertvolle Zeit für die Erreichung der Klimaziele 2030 und 2050 verloren ginge.

Ich komme zum Schluss: Die Wirtschaft ist sich ihrer Verantwortung in der Klimapolitik bewusst und trägt bereits heute massgebend zur Problemlösung bei. Mit ihrem neuen Klimaprogramm bekräftigt sie ihre konstruktive Rolle in der Klimapolitik und will sich dadurch zur innovativsten und wirksamsten Kraft im Klimaschutz entwickeln. Wir unterstützen den Bundesrat bei seinen langfristigen Klimaplänen und sagen darum auch klar JA zum CO₂-Gesetz.

Medienkonferenz CO₂-Gesetz

Rede von Jörg Gasser, CEO SBVg

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Medienschaffende,

Wenn wir über den Klimawandel sprechen, gibt es eine schlechte und eine gute Nachricht. Ich überlasse Ihnen die Bewertung und starte mit den Fakten.

Obwohl die Wissenschaft schon vor der Nutzung der fossilen Energien vermutete, dass das CO₂ für die Erderwärmung verantwortlich sei und diese Vermutung seit den 1960 Jahren bestätigt ist, wurde die Wissenschaft lange ignoriert. Der Mensch ist nicht gut im Umgang mit langfristigen Entwicklungen. Er neigt dazu zeitnahe Ereignisse übermässig stark zu gewichten und die Zukunft mit niedrigeren Sätzen abdiskontieren. Eine Bedrohung im Heute ist wichtiger als ein Extremergebnis im Morgen. Wenn man sich unsere Gletscher ansieht, erkennt man, dass es schon nicht mehr nur um das Morgen geht.

Klimaschutz kann funktionieren, wenn wir es wollen! Wir haben die Mittel und die Technologie. Ob wir den Willen dazu haben entscheidet sich u.a. an der Abstimmung. Das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie prognostiziert für die Schweiz eine zusätzliche Erderwärmung zwischen 3.3 und 5.4 Grad, wenn wir weltweit so weitermachen wie bisher. Halten wir hingegen unsere Pariser Klimaziele ein, so sinkt diese Erwärmung auf eine Bandbreite von 0.6 bis 1.9 Grad.

Der Klimawandel ist da, wir Menschen haben ihn verursacht und er wird so schnell nicht wieder verschwinden. Nachhaltigkeit ist zur Notwendigkeit geworden, um dem Klimawandel effektiv zu begegnen. Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, bis 2030 ihre Emissionen gegenüber 1990 zu halbieren. Dies entspricht einer Reduktion von rund 27 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten. Dieser Wandel gelingt nur, wenn die gesamte Gesellschaft dazu beiträgt.

Finanzinstitute können, müssen und werden ihren Beitrag hierzu leisten. Der Schweizer Finanzplatz will sich als weltweit führender Standort für Sustainable Finance positionieren. Lösungen, die den Wandel beschleunigen, existieren.

Schon jetzt bieten immer mehr Finanzdienstleister nachhaltige Finanzprodukte an. Wie eine Studie von Swiss Sustainable Finance zeigt, werden diese Produkte auch immer häufiger

nachgefragt. Ende 2019 hat sich das Volumen gegenüber dem Vorjahr um 62% erhöht. Damit wurden 1.163 Mrd. Franken in nachhaltige Finanzprodukte investiert – Tendenz steigend. Wir brauchen Rahmenbedingungen, wie sie das CO₂-Gesetz vorsieht, damit das Produkteangebot noch weiter ausgebaut werden kann. Der Finanzplatz braucht solche Rahmenbedingungen, um seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können.

Die Branche geht mit zahlreichen eigenen Initiativen voran. So haben wir im vergangenen Jahr den «Leitfaden zur Integration von ESG-Überlegungen in den Beratungsprozess von Privatkunden» publiziert, der Banken bei der Anlageberatung ihrer Privatkunden unterstützt. Viele Banken haben sich Nachhaltigkeitsziele gesetzt, Massnahmen definiert und sich öffentlich zur transparenten Messung der Ziele bekannt. Swisscanto Invest hat sich beispielsweise als erste Fondsanbieterin ein jährliches CO₂-Reduktionsziel von 4% gesetzt, das sie transparent ausweist. Daneben begrüßen wir, dass basierend auf dem neuen CO₂-Gesetz die FINMA und die SNB regelmässig die mikro- und makroprudenziellen finanziellen Risiken des Klimawandels überprüfen. Der angenommene Gegenvorschlag zur Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) beinhaltet neu die Berichterstattungspflicht über nichtfinanzielle Belange unter anderem zur Umwelt von Unternehmen von öffentlichem Interesse. Die Finanzbranche ist davon nicht ausgenommen und wir begrüßen diese Transparenz. Denn Transparenz ist die Grundlage für faktenbasiertes und effektives Handeln. Was bedeutet das für die Banken?

Banken werden die Transformation der Wirtschaft durch gezielte Finanzierung unterstützen und begleiten. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir den Wandel aktiv vorantreiben und innovative Lösungen entwickeln. Die Transformation hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft und Gesellschaft kann nur gemeinsam gelingen. Das CO₂-Gesetz setzt die richtigen Anreize. Bei der Ausarbeitung des Gesetzes haben Bundesrat und Parlament auf liberale Rahmenbedingungen und erprobte Instrumente gesetzt. Dazu gehören unter anderem Lenkungsabgaben bei der Mobilität und beim Heizen von Gebäuden. Mit diesen und ähnlichen Abgaben wird ein «Klimafonds» geäuft, der unter anderem Gebäudesanierungen und nachhaltige Heizmethoden mitfinanziert. Ausserdem können damit Weiterentwicklungen von klimaneutralen Technologien und Anpassungen an den Klimawandel unterstützt werden. Doch die benötigten finanziellen Mittel um den Wandel zu stemmen, liegen im zweitstelligen Milliardenbereich und damit bei einem Vielfachen der Gelder aus dem Klimafonds von jährlich maximal einer Milliarde. Die Banken werden und können einen Teil der Lücke füllen.

Das CO₂-Gesetz schafft eine erste und notwendige Voraussetzung, um die vollständige Transformation weg von den fossilen Energien zu begleiten. Ein Nein würde die Schweiz beim Klimaschutz weit zurückwerfen. Die Finanzbranche stellt sich deshalb auch klar hinter das Ziel des CO₂-Gesetzes.

Wir haben die verschiedenen Szenarien mit ihren jeweiligen Konsequenzen von der Wissenschaft erhalten. Wenn wir uns gemeinsam für einen starken Klimaschutz einsetzen, der die Einhaltung des Pariser Klimaziels ermöglicht, können wir die stärksten Auswirkungen der Klimaerwärmung noch verhindern. Das wird etwas kosten und es wird uns noch mehr einbringen. Dazu

braucht es den gemeinsamen Effort von uns allen. Es ist klar: nichts tun wird uns langfristig sehr viel mehr kosten. Deshalb stimme ich mit voller Überzeugung fürs CO₂-Gesetz.

Kontaktadressen

Michaela Reimann, Leiterin Public & Media Relations
michaela.reimann@sba.ch | +41 58 330 62 55

www.swissbanking.org | twitter.com/SwissBankingSBA

Medienkonferenz - Schweizer Wirtschaft für das CO₂-Gesetz, Bern, 12. April 2021

Guido Fürer, Präsident der Swiss Re in der Schweiz und Mitglied des Group Executive Committee

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Lassen Sie mich mit einigen Worten zur Betroffenheit unserer Branche beginnen. Der Klimawandel trifft unser Geschäft ganz direkt. Wir spüren seine Folgen unmittelbar in unseren Bilanzen! Extreme Wetterereignisse – Starkregen, Dürre, Wirbelstürme, Sturmfluten – führen in Verbindung mit einem weltweiten raschen Wachstum von Megacities und urbanen Gebieten zu immer höheren Schadenslasten bei den Versicherern. Aber auch die öffentliche Hand – und damit Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – sind von dieser Entwicklung betroffen. Denn ein Grossteil der Schäden ist nicht versichert.

Die international erfreulich wachsende Zahl von Regierungen und Unternehmen, die sich jetzt dem Netto-Null-Ziel 2050 anschliessen, ermutigt uns sehr. Sie bestärkt uns auch in unserem eigenen Engagement für den Klimaschutz. Swiss Re will bis 2030 bei ihren betrieblichen Prozessen Netto-Null-Emissionen erreichen. Und bis 2050 wollen wir dieses Ziel zusätzlich auch für unsere Anlage- und Versicherungsportefeuilles umsetzen.

Wir begrüssen deshalb das CO₂-Gesetz. Swiss Re hat sich früh für diese Vorlage eingesetzt, etwa über die Plattform CEO4climate. Und auch der Schweizerische Versicherungsverband steht hinter dieser Vorlage. Mit ihren rund 46'000 Beschäftigten in der Schweiz und ihrem Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung von 4,6% gehören die Versicherer zu den starken und stabilen Pfeilern unserer Volkswirtschaft. Das neue Gesetz ist ein klarer Fortschritt beim Kampf gegen den Klimawandel. Es schafft Planbarkeit und Berechenbarkeit mit Blick auf die konkreten Umsetzungsmassnahmen und die dafür nötigen langfristigen Investitionen.

Nun drücken wir die Daumen für die kommende Abstimmung! Bei der Umsetzung des Gesetzes sollten wir dann möglichst die marktwirtschaftlichen und wettbewerbsorientierten Instrumente nutzen. Aktivieren wir die kreativen Kräfte unserer Wirtschaft und richten wir dabei stets den Blick darauf, wo eine Massnahme die grösste Wirkung erzielen kann.

Denn, meine Damen und Herren, CO₂ kennt keine Grenzen! Und auch das Rückversicherungsgeschäft ist ein globales Geschäft. Unser Hauptinteresse liegt deshalb auf jenen Hebeln, die wirksam und rasch auf globaler Ebene einen Beitrag zur Verringerung des CO₂-Ausstosses bewirken können. Dazu gehört eine Balance von Kompensationen im Inland wie auch im Ausland. Und dazu gehört vor allem auch das im neuen Gesetz vorgesehene erweiterte Emissionshandelssystem. Es gibt dem CO₂ einen Preis. Das ist aus unserer Sicht erfolgsentscheidend. Wir unterstützen eine marktwirtschaftliche und wettbewerbliche Lösung durch preisliche Signale.

Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass dieser Ansatz funktioniert! Denn als Versicherer geben wir dem Risiko einen Preis. Er heisst Prämie und ist das zentrale Steuerungssignal im Versicherungsmarkt. Wo das Risiko einen Marktpreis hat, sehen wir risikoadäquates Verhalten. Genauso sollte es auch bei der Emission von Treibhausgasen laufen. Setzen wir also auch im Bereich des Klimaschutzes auf Marktmechanismen und auf Wettbewerb!

Wir begrüßen deshalb die finanziellen Anreize, die das neue CO₂-Gesetz schafft. Die Verhaltensökonomie zeigt, dass solche Signale wirken!

Auch Swiss Re selbst folgt diesem Grundsatz über Anreize: wir führen dieses Jahr für unsere eigenen CO₂-Emissionen eine interne Abgabe von 100 Dollars pro Tonne ein. Bis 2030 wird sie stufenweise bis auf 200 Dollars steigen.

Wir begrüßen auch die technologische Offenheit des CO₂-Gesetzes. Wir wissen heute nicht, welche Technologien uns künftig zur Verfügung stehen, etwa für die CO₂-Abscheidung aus der Atmosphäre. Diese Technologien stecken heute noch in den Kinderschuhen. Aber sie bergen aus unserer Sicht grosses Potenzial, um zur Lösung beizutragen. Aus der wettbewerbsbasierten, kreativen Wirtschaft kommt aus unserer Sicht ein entscheidender Beitrag zur Bewältigung der Klimaherausforderungen.

Auch einige Schweizer Start-ups arbeiten an der CO₂-Extraktion aus der Atmosphäre. Wir sehen im Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft klare Vorteile und Chancen für eine weltweit bei der Innovation führende Volkswirtschaft wie die Schweiz.

Meine Damen und Herren, nun möchte ich Ihnen noch kurz erläutern, wie wir als Rück- und Erstversicherer zum Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beitragen können.

Die Versicherungswirtschaft begleitet und unterstützt Unternehmen auf diesem Weg. Wir sehen uns deshalb als treibende Kraft in diesem Transformationsprozess.

Er verläuft über zwei wesentliche Schienen: erstens werden die Versicherer zunehmend selektiver beim Zeichnen von Risiken für Unternehmen mit fossilen Geschäftsmodellen. Für Swiss Re heisst das: wir ziehen die Schraube an bei unseren Versicherungsdeckungen in den Bereichen Kohle, Öl und Gas. Bis 2040 wird unsere Exponierung gegenüber thermischer Kohle auf null gesunken sein.

Und zweitens können Versicherer in ihrer Rolle als grosse institutionelle Investoren mit ihren Anlageentscheidungen dazu beitragen, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft voranzutreiben. Dieser Bereich liegt bei Swiss Re in meiner direkten Verantwortung als Group Chief Investment Officer. Bei Swiss Re wollen wir auf der Anlagenseite die CO₂-Intensität unserer börsenkotierten Aktien- und Unternehmensanleihen-Portefeuilles bis 2025 um 35 Prozent reduzieren. Und wir wollen unsere Investitionen in den Bereichen erneuerbare Energien und soziale Infrastrukturen bis Ende 2024 um 750 Millionen Dollars erhöhen.

Und natürlich unternimmt Swiss Re auch weitere Anstrengungen zur Verminderung ihres eigenen CO₂-Fussabdrucks. Der letzte grosse CO₂-Posten kommt bei uns vom Fliegen. Und auch da wollen wir ansetzen: im Vergleich zu 2018 haben wir uns für 2021 vorgenommen, unsere Emissionen aus Flugreisen um 30% zu reduzieren.

Meine Damen und Herren: Im November findet in Glasgow wieder eine globale Klimakonferenz statt. Sie stärkt, wie wir hoffen, die wichtige globale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel. Setzen wir gerade im Jahr dieser Klimakonferenz nun in der Schweiz auch auf nationaler Ebene ein starkes Zeichen! Das neue CO₂-Gesetz bringt

wichtige Fortschritte auf dem Weg zu einem wirksamen Klimaschutz und schafft griffige Anreize für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Aus diesen Gründen setzen wir uns, zusammen mit der Schweizer Versicherungswirtschaft, für das neue CO₂-Gesetz ein.

Ich danke Ihnen.

AEE SUISSE • Falkenplatz 11 • Postfach • 3001 Bern

Medienkonferenz «Schweizer Wirtschaft für das CO2-Gesetz»

Montag, 12. April 2021, Bern

Rede Jacqueline de Quattro, Nationalrätin FDP, Vorstandsmitglied AEE SUISSE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Komitee «Schweizer Wirtschaft für das CO2-Gesetz» ist die Schweizer Strom- und Energiewirtschaft gesamthaft und prominent vertreten. Mit den grossen Verbänden, mit den Stadtwerken, aber auch mit den grossen Energieversorgungsunternehmen wie beispielsweise Alpiq, Axpo oder BKW. Ich fasse als ehemalige Energiedirektorin des Kantons Waadt und heute Nationalrätin und Vorstandsmitglied der Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz AEE SUISSE gerne die wichtigsten Gründe für ein überzeugtes JA der Schweizer Strom- und Energiewirtschaft zum CO2-Gesetz zusammen:

1. **Wir haben einen Auftrag.** Im Mai 2017 hat die Schweiz mit 58% Ja gesagt zur Energiestrategie 2050. Damit hat sie der Politik – Bund, Kantone und Gemeinden – aber auch den beteiligten Unternehmen den Auftrag erteilt, das schweizerische Energiesystem umzubauen und neu auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz auszurichten. Gleichzeitig hat das Parlament das Pariser Klimaabkommen bestätigt. Der Bundesrat hat nachgedoppelt und letztes Jahr das Netto-Null Ziel gesetzt. Damit sind die Eckpunkte klar: Ausbau der erneuerbaren Energien, Stärkung der Energieeffizienz und Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das revidierte CO2-Gesetz ist die logische Folge dieser Entscheide und Aufträge und es fügt nahtlos an an den Volksentscheid zur Energiewende 2017.
2. **Erneuerbare Energien liefern den Schlüssel zur Dekarbonisierung.** In den Sektoren Verkehr und Gebäude werden wir über die nächsten Jahre und Jahrzehnte viel fossile Energie ersetzen müssen. Eine grosse Herausforderung, die sich nur mit einem zügigen Ausbau und der Nutzung aller einheimischen erneuerbaren Energien bewältigen lässt. Strom wird in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen. Das zeigt sich zum Beispiel in der Mobilität, die mitten in einem Paradigmenwechsel steht. Hier hat die Elektrifizierung

bereits rasant an Fahrt aufgenommen. Der Neuwagenmarkt mit Stromautos wächst in zweistelliger Höhe. So haben die Neuzulassungen von e-Autos 2019 in der Schweiz mit einem Anteil von 5.6% einen neuen Höchststand erreicht. Die Zunahme der batterieelektrischen Fahrzeuge betrug 158%. Strom ist der Schlüssel zur Dekarbonisierung der Mobilität, auch wenn in Zukunft neben den batterieelektrischen Antrieben alternative Treibstoffe wie Wasserstoff zum Einsatz kommen. Das CO₂-Gesetz fördert diese Umstellung zum Beispiel mit der finanziellen Unterstützung des Baus von Ladestationen in Wohnsiedlungen und Mehrfamilienhäusern oder mit der Entwicklung von synthetischem Treibstoff für die Flugindustrie.

3. **Eine CO₂-neutrale und erneuerbare Wärmeversorgung ist möglich.** Eine aktuelle Studie der Wirtschaftsallianz «Wärme Initiative Schweiz» hat aufgezeigt, wie sich die Dekarbonisierung des gesamten Gebäudeparks realisieren lässt. Dabei ist die wichtigste Erkenntnis die, dass für eine klimaneutrale Wärmeversorgung neben einer optimierten Stromeffizienz, zum Beispiel durch die Ablösung von Elektroheizungen und -boilern sowie durch den Einsatz von effizienteren Geräten und Anlagen, vor allem das gesamte Potential an erneuerbaren Ressourcen genutzt werden muss. Insbesondere Biomasse und die oft vernachlässigte Ressource Holz spielen in diesen Szenarien eine grosse Rolle. Die CO₂-Abgabe schafft Grundlagen, die die Vielfalt an erneuerbaren einheimischen Energien im Wettbewerb mit den fossilen Energien stärken und es liefert Anreize und Unterstützung für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer sowie wie für Immobiliengesellschaften, die ihre Gebäude nachhaltig sanieren wollen.
4. **Klimafonds fördert die Innovation und stärkt die Energieeffizienz.** Innovation und technologischer Fortschritt bringen immer auch eine Verbesserung der Energieeffizienz. Jede gesparte Kilowattstunde Energie gibt uns zusätzlichen Handlungsspielraum und bringt uns dem Netto-Null Ziel näher. Über den Technologiefonds als Teil des Klimafonds werden innovative Unternehmen bei der Entwicklung und Produktion von klimafreundlichen Technologien unterstützt. Gestützt auf das bisherige CO₂-Gesetz hat der Technologiefonds bereits über 100 innovativen Firmen dank einer Bürgschaft zu Fremdkapital verholfen. Auch können erfolgsversprechende Innovationen direkt mit Finanzhilfen unterstützt werden. Geld dafür stammt aus der Flugticketabgabe. Damit können künftig zum Beispiel die Entwicklung von klimafreundlichen Baustoffen gefördert werden, die emissionsintensiven Zement ersetzen, oder biologisch abbaubare Verpackungsmaterialien, die Plastik aus Erdöl ersetzen.

5. **Die Sektorkopplung hat im CO₂-Gesetz ihren Platz gefunden.** Im Zug der Dekarbonisierung müssen nicht nur die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut und die Elektrifizierung vorangetrieben werden. Die Speicherung und die Kopplung der Energieträger Strom, Gas und Wärme in den Sektoren Gebäude, Industrie und Verkehr verhelfen zu einer Optimierung der Gesamtenergieversorgung. Wärmepumpen, Solarenergie, Eigenverbrauchslösungen, Fernwärme, Elektromobilität, Gebäudetechnik oder Wärmedämmung bieten wirkungsvolle Kombinationsmöglichkeiten. Auch aus erneuerbaren Energien gewonnenes synthetisches Gas kann wertvolle Flexibilität schaffen, indem Stromüberschüsse aus Photovoltaik oder Wind direkt für Wärme oder Mobilität verwendet werden können. Sofern ein ausreichender Wirkungsgrad und die nötige Wirtschaftlichkeit gegeben sind, wäre sogar eine Rückverstromung zu einem späteren Zeitpunkt denkbar.

Die Strom- und Energiewirtschaft begrüsst diesen nächsten, wichtigen Schritt auf dem Weg in eine CO₂-neutrale Zukunft. Natürlich hätte man am einen oder anderen Ort weitergehendere Massnahmen beschliessen können. Aber wir sind überzeugt, dass das neue CO₂-Gesetz eine gute Vorlage ist, weil es einen gangbaren und für die Schweiz pragmatischen Weg vorschlägt. Damit kommen wir schrittweise ans Ziel.



We create chemistry

**Medienkonferenz
Die Schweizer Wirtschaft nimmt Stellung zum
CO₂-Gesetz**

12. April 2021, Bern

Dr. Matthias Halusa

CEO BASF Schweiz AG

Meine Damen und Herren!

BASF ist das führende Chemieunternehmen weltweit und in rund 90 Ländern mit Gesellschaften vertreten. Wir liefern Produkte und Dienstleistungen an rund 90.000 Kunden aus den verschiedensten Branchen.

Das Portfolio reicht dabei von Chemikalien, Kunststoffen und Veredelungsprodukten bis hin zu Pflanzenschutzmitteln und Feinchemikalien. Mehr als 110.000 Mitarbeitende arbeiten in der BASF-Gruppe weltweit.

In der Schweiz beschäftigen wir rund 1.300 Mitarbeitende an acht Standorten in der Entwicklung, Produktion, im Verkauf und in Service-Einheiten. An drei Standorten in Kaisten, Schweizerhalle und Monthey betreiben wir Produktionswerke. Hergestellt werden in der Schweiz unter anderem Kunststoffadditive, Pigmente, Materialien für elektronische Anwendungen und optische Aufheller für Waschmittel.

Engagiert im Klimaschutz weltweit, grosser Handlungsbedarf erkannt

Als Chemieunternehmen brauchen wir für unsere Produktion grosse Mengen an Energie. Damit kommt unserem Unternehmen eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz zu.

Klimaschutz sehen wir als eine der wichtigsten Aufgaben, die wir zu bewältigen haben und forschen daher sehr aktiv an Lösungen zur Verbesserung unserer CO₂-Bilanz.

Bei der Entwicklung neuer Technologien kommen wir gut voran und sind daher jetzt an einem Punkt, an dem wir uns trotz unserer Energieintensität das Ziel gesetzt haben, bis 2050 klimaneutral zu sein. Dabei wollen wir so schnell wie möglich vorangehen. Im Vergleich zum Jahr 2018 wollen wir die Menge emittierter Treibhausgase bis zum Jahr 2030 weltweit um weitere 25 Prozent senken und dies, ob wohl wir uns vorgenommen haben, schneller als der Markt zu wachsen.

Insgesamt plant BASF zur Erreichung ihrer Klimaziele bis 2025 Investitionen von bis zu 1 Milliarde Euro sowie bis 2030 von weiteren 2 Milliarden Euro bis 3 Milliarden Euro.

Um unsere ambitionierten Ziele in puncto Klimaschutz erreichen zu können, erfinden wir unsere Prozesse und Technologien neu – im Zentrum steht die weitgehende Elektrifizierung unserer Produktion.

Zu den wichtigsten neuen Technologien, die BASF derzeit entwickelt, zählen elektrisch betriebene Steamcracker für die Produktion von Basischemikalien wie Ethylen, Propylen oder Butadien. Diese stehen am Anfang zahlreicher Wertschöpfungsketten und sind grundlegend für die Chemieproduktion. Heute ist der Steamcracker einer unsere grössten Emittenten und beeinflusst den CO₂-Fussabdruck vieler Produkte der Chemie. Elektrifiziert liessen sich beim Steamcracker die CO₂-Emissionen um bis zu 90 Prozent reduzieren.

Wasserstoff ist ein weiterer wichtiger Einsatzstoff für viele chemische Herstellprozesse. Zur CO₂-freien Herstellung von Wasserstoff setzt BASF parallel auf zwei Verfahren: die kommerziell verfügbare Wasser-Elektrolyse und die Methanpyrolyse, für die BASF eine neue Prozesstechnologie entwickelt.

Ein weiterer Hebel für eine höhere Energieeffizienz ist der Einsatz elektrischer Wärmepumpen, um aus Abwärme CO₂-frei Dampf zu erzeugen. Ziel von BASF ist es, diese Technologie gemeinsam mit Siemens Energy stufenweise auf industriellen Massstab zu bringen und für die Abwärmenutzung ganzer Standorte einzusetzen.

Wir unterstützen aber auch unsere Kunden darin, ein Produktportfolio mit reduziertem oder neutralem CO₂-Fussabdruck anzubieten.

Dieser technologiegetriebene Umbau der Produktion wird natürlich auch unsere Produktion hier in der Schweiz betreffen – wir sind dabei, für jedes Werk einen eigenen Plan zu entwickeln.

Angewiesen auf verlässliche Rahmenbedingungen

Voraussetzung für die Transformation der Chemieproduktion ist aber die verlässliche Verfügbarkeit grosser Mengen erneuerbaren Stroms zu wettbewerbsfähigen Preisen – auch und gerade hier in der Schweiz. Dafür sind regulatorische Rahmenbedingungen unerlässlich, die diese Transformation wirtschaftlich möglich machen. Genauso wichtig ist die Einbindung in das europäische Stromverbundnetz, weil die Schweiz allein eine Versorgungssicherheit mit erneuerbarem Strom wohl nur schwer gewährleisten kann.

Eine langfristige Klima- und Energiepolitik muss Planungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionssicherheit garantieren und so die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Wirtschaftsstandorts bewahren, um die Produktion in der Schweiz zu halten.

BASF beteiligt sich an der politischen Debatte auf der Suche nach Lösungen, die soziale Verantwortung, Schutz der Umwelt und

ökonomische Machbarkeit vereinen.

Um solche nachhaltigen Lösungen anbieten zu können, brauchen wir marktorientierte, technologieoffene und auf Kosteneffizienz ausgerichtete regulatorische Rahmenbedingungen, die vorhersehbar und stabil sind.

Wir unterstützen daher das CO₂-Gesetz, weil hier bewährte Instrumente zum Einsatz kommen und weil wir uns als energieintensives und forschendes Unternehmen für Energieeffizienz, neue Technologien und einen wirkungsvollen globalen und Schweizer Klimaschutz einsetzen.

Das CO₂-Gesetz ist ein breit abgestützter Kompromiss. Jetzt geht es um die Umsetzung. Damit sollten wir so schnell wie möglich beginnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Medienkonferenz der Allianz «Schweizer Wirtschaft für das CO2-Gesetz»

Montag, 12. April 2021, Bern

Position Bauwirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Bauwirtschaft unterstützt das revidierte CO2-Gesetz. bauenschweiz, die Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft, hat bereits im Januar die Ja-Parole beschlossen. Auch suissetec, der Schweizerisch-Liechtensteinische Gebäudetechnikverband, ist Mitglied von bauenschweiz und engagiert sich seit vielen Jahren für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik. Dazu gehören entsprechende Aus- und Weiterbildungen, Beratungstools, Kampagnen, politisches Engagement, Innovationsprojekte und vieles mehr.

Nachfolgend nenne ich Ihnen 5 Gründe, warum die Bauwirtschaft das revidierte CO2-Gesetz mit Überzeugung unterstützt:

1. **Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst und Teil der Lösung.**

Die Hälfte des schweizweiten Energiebedarfs wird für Wärme und Kälte verbraucht. Davon betroffen ist insbesondere der schweizerische Gebäudepark. Damit einher gehen grosse Mengen an Treibhausgasemission in den Bereichen Haushalte, Dienstleistung und Industrie. Seit 1990 stellen wir in diesen Sektoren zwar einen Rückgang bei den Treibhausgasemissionen fest. Das heisst, wir sind auf einem Absenkpfad und das ist erfreulich. Um die Ziele zu erreichen, sind wir aber viel zu langsam unterwegs. Es braucht deshalb verlässliche Rahmenbedingungen, um eine Beschleunigung und entsprechende Investitionen auszulösen.

2. **Das neue CO2-Gesetz schafft klare Rahmenbedingungen.**

Es regelt die CO₂-Reduktion bis 2030. Damit schafft es verlässliche Leitplanken für die Bau- und Immobilienwirtschaft und sorgt mit klaren CO₂-Grenzwerten für Planungssicherheit und grösstmöglichen unternehmerischen Handlungsspielraum bei der Umsetzung. Wir begrüssen das Steuern über Ziele und die damit verbundene Flexibilität bei den Lösungen, denn das fördert Innovationen. Dass die neuen Grenzwerte für Heizung und Warmwasser bereits ab 2023 gelten, ist zielführend, weil die Technologien und Lösungen heute bereits auf dem Markt verfügbar, erprobt und erschwinglich sind.

3. **Die Fortführung des Gebäudeprogramms bringt Kontinuität.**

In keinem anderen Sektor hat in den letzten Jahrzehnten eine vergleichbare Reduktion des CO₂-Ausstosses stattgefunden wie im Gebäudebereich. Das Gebäudeprogramm hat massgeblich zu diesem Erfolg beigetragen. Dass das neue CO₂-Gesetz auch in Zukunft auf das Gebäudeprogramm setzt, ist deshalb klug und zielführend. So werden Hauseigentümer auch in Zukunft bei der Umsetzung von zielführenden Massnahmen unterstützt.

4. **Klimaschutzmassnahmen schaffen Mehrwert – auch für die**

Hauseigentümer*innen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung bestätigen, was verschiedene Studien aufzeigen: Investitionen in erneuerbare Gebäudetechniksysteme rechnen sich. Die höheren Investitionskosten lassen sich über die Lebensdauer amortisieren. Nicht zuletzt auch deshalb, weil z.B. die CO₂-Abgabe entfällt, weil sich die vor Ort produzierte Energie vielseitig nutzen lässt (z.B. Mobilität), und weil sich die Investitionen in den allermeisten Kantonen von der Steuer abziehen lassen.

5. Klimaschutz schafft krisensichere Arbeitsplätze in der Schweiz.

Die Wirtschaftsallianz «Wärmeinitiative Schweiz» hat 2019 in einer umfassenden Studie dargelegt, dass eine vollständige Dekarbonisierung des Wärme- und Kältesektors mindestens 1.5 Mrd. Franken zusätzliche Wertschöpfung in der Schweiz generiert. Auf ähnliche Ergebnisse kommt auch eine Studie der ZHAW. Das ist Geld, das bei der Schweizer Wirtschaft und der Bevölkerung bleibt, anstatt in politisch instabile Regionen dieser Welt abzufließen. Gerade in Zeiten wie diesen wird klar, wie wichtig und unverzichtbar krisensichere Arbeitsplätze mit Perspektive sind. Übrigens zeigen auch der Ersatz von Kohle bei der Zementproduktion und der Zubau von Photovoltaikanlagen ähnliche Effekte. Insgesamt führt die Umsetzung aller untersuchten Massnahmen langfristig zu volkswirtschaftlichen Netto-Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe.

Ich komme zum Schluss und halte gerne nochmals fest: die Schweizer Bauwirtschaft steht hinter dem CO2-Gesetz. Es bringt uns nicht nur den Klimazielen näher, sondern löst auf ganz verschiedenen Ebenen positive Effekte für die Schweiz aus. Die Bauwirtschaft bittet deshalb die Stimmbürger*innen, das revidierte CO2-Gesetz am 13. Juni mit einem klaren Ja zu unterstützen. Besten Dank.